



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/50 - 2. März 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21081 - 33  
Fernschreiber 0686890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Keine Antwort auf die entscheidende Frage Zur IV. deutsch-französischen Konferenz in Bad Godesberg Von G. Markscheffel	100
3	Skandinavien erwartet Chruschtschow Starkes Interesse am Rapacki-Plan	49
4	Mißglückte Mission? Vor dem Abschluß der Macmillan-Reise	53
5	Nur 14 Jahre danach ... Kriegsopfer-Demonstrationen in Deutschland und Frankreich	32
6	HIAG in der Krise Auseinandersetzungen um Panzer-Meyer	36
7	Mitachtung Ein bezeichnender Brief Adenauers an den Dortmunder Oberbürgermeister	34

### Keine Antwort auf die entscheidende Frage

#### Zur IV. deutsch-französischen Konferenz in Bad Godesberg

G.K. Eines der wesentlichen Merkmale der IV. deutsch-französischen Konferenz, die am vergangenen Wochenende in Bad Godesberg stattfand, war die Teilnahme zahlreicher gaullistischer Abgeordneter. Im Gegensatz zu früheren Tagungen, auf denen Befürworter der EWG, der Montan Union und der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dominierten, mußte man diesmal auf französischer Seite mit gewissen Vorbehalten rechnen. Schließlich ist ja der "klassische Gaullismus" in Frankreich einst Gegner dieser Art von europäischer Zusammenarbeit gewesen.

#### Erler: "Auch geliebte Führer sind vergänglich"

Um es vorweg zu nehmen: Die Gaullisten stellten sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen, wollten kaum noch etwas von ihren früheren Vorbehalten wissen und gaben sich in der Diskussion als gute Europäer. Nur einmal wurde es kritisch, als man von deutscher Seite daran erinnerte, daß die westeuropäische Zusammenarbeit nicht ein "Ziel an sich", sondern ein "Weg zu Europa" sei, dessen Fundamente auch durch politische Institutionen untermauert werden müßten. Da meinte die Mehrzahl der französischen Diskussionsteilnehmer, das sei wohl nicht notwendig, denn schließlich verstünden sich ja die Chefs der wichtigsten westeuropäischen Staaten - de Gaulle und Adenauer - so gut, daß man nichts zu befürchten brauche. Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Fritz Erler gab bei dieser Gelegenheit zu bedenken, daß auch "geliebte Führer vergänglich" seien. Er erntete damit das verständnisvolle Schmunzeln sowohl der Deutschen wie auch der Franzosen auf dieser Konferenz.

#### Freihandelszone ?

Unklar blieb das Verhältnis der französischen Gesprächspartner zur Frage der Freihandelszone. Sie bohrten immer in Richtung auf eine Verfestigung des Europa der Sechs und meinten, es sei heute noch sehr problematisch, wie man den "größeren Raum" entwickeln solle. Daß aber dieser größere Raum geschaffen werden müsse, war das gemeinsame Anliegen der Konferenz.

#### Berlin - Wiedervereinigung - europäische Sicherheit

Natürlich konzentrierten sich alle Gespräche in der politischen Position auf die Probleme: Berlin, Wiedervereinigung Deutschlands, europäische Sicherheit.

Man erzielte Einmütigkeit in der Forderung, daß die Berlin-Frage nicht isoliert gelöst werden dürfe und daß die Wiedervereinigung Deutschlands nicht ein spezifisch deutsches, sondern ein europäisches Problem sei, das Frankreich und Deutschland gleichermaßen berühre und damit auch den Begriff der europäischen Sicherheit umfasse.

Das ist aber auch alles. Die bohrenden Fragen von Prof. Carlo Scaris und Fritz Erler, wie denn nun der Westen erreichen wolle, daß die Berlin-Frage nicht als isoliertes Problem im Raume stehen bleibe, und mit welchen Methoden erreicht werden könne, daß die Wiedervereinigung Deutschlands und die Sicherheit Europas als Ganzes zu einem Politikum, d.h. zu einem konkreten Verhandlungsgegenstand zwischen Ost und West werden, - das blieb unklar.

### Militärisches und politisches Disengagement

Die Franzosen, von einigen Ausnahmen abgesehen, waren sich mit den die Politik Adenauers befürwortenden deutschen Gesprächspartnern darüber einig, daß ein Auseinanderdrücken der Militärblöcke im Herzen Europas eine Gefahr für den Westen darstellen würde. Nur der CDU-Abgeordnete Najonika sprach einmal von der Möglichkeit des militärischen Disengagements, das auch von einem politischen Disengagement begleitet sein müsse. Diese der sozialdemokratischen These sehr nahekommende Formulierung huschte aber nur einmal wie ein vorsichtiges Abtasten neuer Möglichkeiten der westlichen Politik durch den Konferenzraum, wobei wir beinahe gewiß sind, daß die meisten französischen Gesprächsteilnehmer in diesem Augenblick kaum merkten, wie einer der Abgeordneten der Adenauer-Partei die Plattform verlassen hatte, von der aus der Regierungschef der Bundesrepublik "Politik" zu machen gewohnt ist.

### Harte Worte gegen eine Illusion

Es waren einige harte Worte von Fritz Erler notwendig, um eine Illusion zu beseitigen, die offenbar bei mehreren französischen Konferenzteilnehmern bestand. Das war, als der Vizepräsident der französischen Nationalversammlung und gaulistische Abgeordnete, van der Meersch, an die französische Widerstandsbewegung erinnerte, um damit anzudeuten, daß man die Widerstandskräfte jenseits des Eisernen Vorhanges ermuntern müsse, um auf diese Weise und auf dem Wege der inneren Aushöhlung des kommunistischen Systems die Ziele der westlichen Politik erreichen zu können. Fritz Erler konterte hart. Er sprach von der bewunderungswürdigen französischen Widerstandsbewegung, die deshalb Erfolg haben konnte, weil sie die massive Unterstützung der gegen Hitler kriegführenden Staaten fand und ihre Aktionen mit Recht auf die zu erwartende militärische Niederlage des Nationalsozialismus aufbauen konnte. Diese Voraussetzungen, so sagte Erler, sind für die oppositionellen Elemente jenseits des Eisernen Vorhanges nicht gegeben. Die Sowjetunion verfügt über die militärische Macht, um ähnlich wie am 17. Juni in der Zone und später in Ungarn mit Brutalität jedes Aufflackern der Opposition niederwerfen zu können. Niemand im Westen kann dann helfen, so sagte Erler, denn jeder weiß, daß die militärische Intervention zugunsten oppositioneller Regungen im sowjetischen Machtbereich den Ausbruch des dritten Weltkrieges bedeuten könnte. Dank dieser klaren Aussage Erlers, die von allen deutschen Konferenzteilnehmern und wohl auch von den meisten Franzosen uneingeschränkt befürwortet wurde, kam dieses Thema nicht mehr hoch ...

### Ohne Konzeption

Die Tagung von Bad Godesberg machte einmal mehr gewiß, daß die heute in Westeuropa herrschenden politischen Kräfte keine politische Konzeption haben, von der ausgehend sie hoffen könnten, die europäischen Probleme zu lösen. Niemand wird sich der Illusion hingeben wollen, daß starke Worte, wie etwa "wir bleiben fest" ein wirksames Mittel zur Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten sind.

Daß auch diese Aussprache zwischen den deutschen Tagungsteilnehmern und den "neuen Männern" in Frankreich den Willen zur Aufrechterhaltung des guten deutsch-französischen Verhältnisses sichtbar werden ließ, ist eine gute Sache. Das genügt aber nicht. Notwendig ist die Überlegung, mit welchen politischen Mitteln jene Schatten und jene Mauern übersprungen werden können, die man sich in der Vergangenheit durch eine falsche Politik selbst geschaffen hat.

Auf diese Frage hat auch die IV. deutsch-französische Konferenz in Bad Godesberg leider keine Antwort gegeben.

### Skandinavien erwartet Chruschtschow

mu. Voraussichtlich noch in diesem Frühsommer wird Chruschtschow Schweden, Norwegen, und Dänemark einen Besuch abstatten. Das heisst nichts anderes, als dass Skandinavien und Sowjetrussland zugleich daran interessiert sind, den Plan des polnischen Aussenministers Rapacki über eine militärisch verdünnte Zone vor allem im Norden und in der Mitte Europas voranzutreiben. Dieser Plan wird zweifellos noch stärker als bisher im Zusammenhang mit der Entspannung um Berlin und einer deutschen Wiedervereinigung stehend angesehen.

Die Einladung, die bereits 1956 von Kopenhagen, Stockholm und Oslo an Chruschtschow ergangen war, wurde mit guten Gründen von den sozialdemokratischen Regierungen im Norden zurückgezogen, als die Sowjets so brutal in Ungarn angriffen. Jetzt aber möchte man erneut einen Versuch unternehmen, in der europäischen Entspannung mit Hilfe des Rapacki-Plans voranzukommen, zumal auch die Sowjets damit einverstanden zu sein scheinen, neben dem Abzug der atomaren Waffen auch einer Reduzierung der konventionellen Streitkräfte zuzustimmen.

Die nüchternen und zurückhaltenden Skandinavier werden Chruschtschow zweifellos keinen glänzenden Empfang bereiten. Sie werden aber mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten aus einer starken Position heraus sprechen können. Alles Gerede von der Aggressivität der NATO gilt nicht für Dänemark und Norwegen, die nach wie vor die Stationierung fremder Streitkräfte auf ihren Territorien ablehnen und nur bereit sind, Raketen ohne Atomsprenkköpfe zur Luftabwehr und Küstenschutzverteidigung aufzunehmen.

Gleichzeitig können diese Staaten aber Chruschtschow auf die äusserst starke sowjetische U-Boot-Flotte in der Ostsee und auf die tiefgestaffelten russischen Angriffsarmee von Schwerin bis Smolensk auf der Rollbahn der norddeutschen Tiefebene hinweisen.

Die Gespräche, die in wenigen Monaten in Oslo, Stockholm und Kopenhagen stattfinden, werden Chruschtschow zweifellos klarmachen können, dass es auch an ihm ist, gewisse Zusicherungen zu geben. Voraussichtlich wird auch der Gedanke der Errichtung eines wiedervereinigten Deutschlands aufgenommen werden. Die Skandinavier tendieren dahin, ein wiedervereinigtes Deutschland als bündnislosen Staat mit einer angemessenen Landesverteidigung etwa nach dem Muster Schwedens zu sehen. Das wäre denkbar, wenn dieses Deutschland vom Westen und Osten gleichermaßen garantiert würde. Ein Blick auf die Kette der sowjetischen Vorschläge der letzten Jahre zeigt übrigens, dass auch die Sowjets in dieser Richtung bereits Vorschläge gemacht haben.

Eine logische Fortsetzung des Chruschtschow-Besuchs wird dann in der Reise des Kopenhagener Aussenministers Krag nach Warschau bestehen. Dort soll über weitere Modalitäten des Rapacki-Plans gesprochen werden. Es beginnt sich der Eindruck zu verstärken, dass sich die Aktivität um die Deutschlandfrage nach dem Norden mit den gekümmerten und nüchternen, aber realpolitischen Klima zu verlagern beginnt. Die Chance für die vor uns stehenden Besprechungen im Norden und an der Ostsee kann sich aber erhöhen, wenn auch die Sowjets in der Berlin-Frage geschmeidiger werden. Nach "harter Tatsachen" war man in Skandinavien selten bereit, entgegenzukommen.

### Mißglückte Mission?

Der - Noch ist es verfrüht, ein endgültiges Fazit aus der Moskauer Erkundungsfahrt des britischen Premierministers Macmillan zu ziehen. Um es gleich vorwegzunehmen: Macmillan kam nicht als bevollmächtigter Vertragspartner der Westmächte in die Sowjetunion, der Sinn seiner Reise bestand vielmehr darin, das Gelände zu erkunden und im Gespräch mit seinen sowjetischen Partnern herauszufinden, ob Möglichkeiten einer Annäherung in brennenden Fragen der Weltpolitik, von denen die Berlin- und Deutschland-Frage wohl eine der heißesten ist, zwischen der Sowjetunion und den Westmächten bestehen. Das setzte seinen Unternehmen - von einigen seiner westlichen Partner mit Mißgunst und Mißtrauen betrachtet, von anderen mit Hoffnungen begleitet - gewisse Grenzen.

Aus der Fülle von Ungewissheiten und aus der Flut von Spekulationen und Kombinationen, die diese Reise Macmillans üppig umrahmten, ergibt sich als Dominante die Unverrückbarkeit der sowjetrussischen Position in der Berlin- und Deutschland-Frage. Chruschtschow gab sich alle Mühe, diesen Standpunkt, der schon in der Berlin-Note vom 27. November fest umrissen war, zu bekräftigen. Dazu gehört wohl auch sein völlig überraschend angekündigter Besuch der Leipziger Messe; es ist dies der vierte Besuch Chruschtschows in der DDR seit der Genfer Konferenz. Es ist nötig, darüber Rätsel zu raten, welche Absicht der Nachfolger Stalins mit seiner Leipziger Blitztour verfolgt. Ist sie als Drohung an Bonn und die Westmächte gedacht, doch noch einen separaten Friedensvertrag mit Pankow abzuschließen, sollte der Westen sich der vor ihm gewünschten Gipfelkonferenz verschließen und dabei keine Angebote unterbreiten, die auch vom sowjetrussischen Interesse aus gesehen verhandlungsfähig sind?

Ob Macmillans Reise auf lange Sicht gesehen ein Erfolg oder Mißerfolg war, läßt sich, wie gesagt, noch nicht beurteilen. Niemand vermag auch zu sagen, ob in den Gesprächen mit Chruschtschow der britische Premierminister den bisherigen Rahmen der westlichen Deutschland-Politik überschritten hat, oder ob er sich mit einer Wiederholung der bekannten westlichen Vorstellungen über Berlin und Deutschland begnügte. Ernstzunehmende Kommentatoren meinen, Macmillan habe diese Reise nur unternommen, um der Labour-Party den Wind aus den Segeln zu nehmen. Das mag sein, aber sicherlich war dies nicht das ausschlaggebende Motiv; hinter dieser Reise stand das redliche Bemühen, es nicht zu einer gefährlichen Zuspitzung in den internationalen Beziehungen kommen zu lassen, in der - entweder aus Versagen oder aus Irrtum - leicht ein Weltbrand entstehen könnte.

Die Lage ist von einem ungewöhnlichen Ernst. Man spürt ihn in den sorgenvollen Bekundungen westlicher Staatskanzleien, aber auch in den Wandelhallen des New Yorker Riesenbaues der Vereinten Nationen. Eine beunruhigte öffentliche Weltmeinung ist sich bewußt, daß für die Überwindung einer sich bedrohlich zuspitzenden Entwicklung die Sprache der Gewalt und die Drohung mit der Gewalt nicht die geeignete Methode ist, mit dieser Krisensituation fertig zu werden. Dies gilt für beide Seiten.

Wo bleibt hier die Stimme Bonns? Zunächst und zuerst geht<sup>es</sup> in den nächsten Monaten um die Zukunft unseres Volkes. Dies allein sollte die Bundesregierung veranlassen, mit aller Kraft und Energie auf West und Ost einzuwirken, die Kluft in der Berlin- und Deutschland-Frage durch einseitige Maßnahmen des Ostens und durch Konzeptionslosigkeit des Westens nicht noch weiter vertiefen zu lassen.

Nur 14 Jahre danach ...

sp - Die vergangene Woche war von zwei Demonstrationen gekennzeichnet, die kaum die Aufmerksamkeit einer großen Öffentlichkeit erregten. Eine Demonstration der Kriegsoffer in Paris und eine andere, in Deutschland, in Passau. In beiden Fällen haben die Opfer des zweiten Weltkrieges gegen die vor den Regierungen in Frankreich und in der Bundesrepublik beabsichtigte Verschlechterung der Kriegsoffer-Gesetzgebung demonstriert.

Beide Demonstrationen stimmen nachdenklich. Kaum 14 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg sehen sich die Opfer dieses Krieges in zwei Ländern, die gegeneinander kämpften, veranlaßt, ihre Stimme zu erheben, damit man sie nicht vergißt. Das geschieht zur gleichen Zeit, da man in der Welt von der Möglichkeit einer neuen Mobilmachung spricht, und da den Regierungen nichts besseres einfällt als sich im Rüstungswettlauf der politischen Möglichkeit zur Lösung schwieriger Probleme selbst zu begeben.

Es sei hier nicht darüber gerechelt, ob die Methode der Kriegsoffer-Versorgung revisionsbedürftig ist oder nicht. Sicher werden Experten dieser Materie messerscharf nachweisen, daß "etwas geändert" werden muß. Entscheidend ist hier nur die Tatsache, daß dieses "Ändern wollen" unter dem Vorzeichen der Schmälerung von Versorgungsbezügen steht, die durch heilige Verpflichtungsschwüre der Nationen gesichert zu sein solieren.

Man wäre versucht, wieder einmal von "Dank des Vaterlandes" zu sprechen, der denen gewiß sein soll, die das Vaterland verteidigen. 14 Jahre danach gerieten diese Schwüre in Vergessenheit, 14 Jahre danach müssen die Opfer eines Krieges für die Sicherung ihrer Rechte demonstrieren!

Das ist eine böse Zeit, in der man mit dem gleichen Rechenstift zwei Zahlenkolonnen miteinander in Einklang bringen will: Die Zahlenkolonne der erhöhten Rüstungsausgaben und die der Kürzung von Ausgaben für die Opfer eines Krieges.

Denkt niemand darüber nach was das bedeutet? Wird sich niemand bewußt, daß sich hier das Schicksal einer Kriegsgeneration widerspiegelt?

Nur 14 Jahre danach ...

HIAG in der Krise

R. - Vor sieben, acht Jahren entstanden in vielen Orten der Bundesrepublik "Hilfsgemeinschaften auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Waffen-SS". Suchdienst, gegenseitige Hilfe, Eintreten für eine versorgungrechtliche Anerkennung der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS, für eine Scheidung der Begriffe, die gewöhnheitsmäßig mit dem Sammelbegriff "SS" zusammengezogen wurden, waren ihre Ziele. Dazu gehörte auch die Vorstellung, daß die HIAG ihre Aufgabe eines Tages erfüllt und ihre Eigenexistenz aufgeben würden.

Inzwischen hat der allgemeine Zug, der die Zusammenschlüsse ehemaliger Soldaten nach dem zweiten Weltkrieg in krassstem Unterschied zu der Zeit nach 1918 auszeichnet, auch die HIAG erfaßt. Der straff organisierte Soldatenbund mit örtlicher Mitgliederversammlungen wird durch die praktische Haltung der ehemaligen Soldaten verworfen. Hingegen sind ständig mehr ehemalige Soldaten an den ein- oder zweimal jährlich stattfindenden Kameradschaftstreffen ihrer ehemaligen Divisionen oder sonstigen Einheiten interessiert. Dabei handelt es sich in allererster Linie wirklich um Kameradschaftstreffen. Ganz selten wurden solche Tagungen parteipolitisch infiltriert.

In dieser Richtung entwickelten sich gleichfalls die Zusammenschlüsse ehemaliger Waffen-SS, die ebenso wie andere Soldatengruppen Beziehungen und Gespräche auch zur Opposition suchten. Der Bundesvorstand der HIAG blieb noch erhalten, weil die Hinterbliebenen und wenigen Versorgungsberechtigten der ehemaligen Waffen-SS bisher nicht in den Kreis der nach dem Gesetz gemäß § 131 des Grundgesetzes Berechtigten einbezogen wurden.

In letzter Zeit wurde nun bekannt, daß es eine Auseinandersetzung um die durch den Sprecher der HIAG, Panzer-Meyer, wie seine Vorgänger geführten Gespräche mit der SPD gegeben hat. Einige radikale Elemente sind aus dem Bundesvorstand ausgeschieden. Ob danach überhaupt der Bundeszusammenschluß der HIAG zerfällt oder ob dieser sich aufrechterhalten läßt, ist noch nicht zu überschauen. Völlig klar aber wird mit dem Geschehenen, daß ein verallgemeinerndes Urteil gegenüber der ehemaligen Waffen-SS unberechtigt ist. Hier wie früher erweist sich schon bei anderen Soldatenbänden, daß der Versuch einseitiger politischer Ausrichtung, der einseitigen Ablehnung der Opposition, Soldatenbände sprengt.

Missachtung

sp - Bundeskanzler Dr. Adenauer war viele Jahre lang Oberbürgermeister von Köln. Man sollte annehmen, als früherer Oberbürgermeister der rheinischen Metropole müßte er ein besonderes Verständnis für die Nöte und Sorgen der Grosstädtebevölkerung aufbringen, besonders dann, wenn diese ihm von einem Oberbürgermeister schriftlich herangetragen werden. Das hatte das Dortmunder Oberhaupt Keuning gewiss nicht leichtes Herzens getan. Der Grund für diesen ungewöhnlichen Schritt war schwerwiegend genug. Es handelt sich um die viel umstrittene Stationierung eines britischen Raketenbataillons in Dortmund. Sie begegnete einmütiger Ablehnung durch die Bevölkerung. Sogar die CDU-Stadtrats-Fraktion wandte sich gegen die Stationierung dieser Raketeneinheit, die für Dortmund im Falle des Falles eine tödliche Gefahr bedeutet, verfügt sie doch über Raketen mit Atomsprengsätzen. Im "Echo der Zeit", dem Blatt der Fuldaer Bischofskonferenz, begründete der CDU-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat den Protest des ganzen Stadtrates mit unwiderlegbaren militärischen Argumenten; bei seinen Parteifreunden in Bonn fanden sie freilich kein Gehör.

Der Oberbürgermeister von Dortmund, ein ruhiger und sehr bedächtiger Mann, schrieb in dieser Angelegenheit persönlich an den Bundeskanzler und bat ihn um eine Unterredung. Die Antwort liegt nun vor, und sie ist bezeichnend für die völlige Verständnislosigkeit des Bundeskanzlers für Dortmunder Sorgen. Nicht nur, dass seine Antwort keinen Terain für die von Keuning gewünschte Unterredung enthält, sie beklagt den Mangel an notwendigen(!) Verständnis der Dortmunder Bevölkerung für die Stationierung britischer Raketeneinheiten in den Mauern dieser Stadt.

Wieder einmal hat Dr. Adenauer als derseit verantwortlicher Lenker der Bonner Politik mit diesem Schreiben bewiesen, wie rücksichtslos und über alle Bedenken hinweg - auch über die Bedenken seiner Parteifreunde hinweg - er seine Atombombenpolitik verfolgt. Sie steht ihm höher als die begründeten Einwände einer Dreiviertel-Millionen-Stadt.

Dortmund macht übrigens Schule. So hat nun Nürnberg als zweite bundesrepublikanische Grosstadt die zweifelhafte Ehre, mit einem amerikanischen Atomkanonen-Bataillon beglückt zu werden; trotz aller Proteste seiner gewählten Vertreter! Die Saat an Furcht und tödlichen Gefahren, die hier aufgeht, wird in der Zukunft zu erkennen sein.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel